

Afghanistan: Bedingungen für Rückkehr nicht gegeben

Fünf Jahre nach Machtübernahme durch die Taliban nehmen Einschränkungen für Frauen zu

Berlin, 14. August 2026 // Die Diakonie Katastrophenhilfe ist besorgt über die steigende Zahl an ausgewiesenen Afghan*innen aus Pakistan und dem Iran. Allein 2025 waren laut UN-Angaben jeweils mehr als eine Million Menschen gezwungen, nach Afghanistan zurückzukehren. Fast zwei Drittel waren Frauen und Kinder. „Die Welle an Ausweisungen und der steigende Druck zur Rückkehr widerspricht völkerrechtlichen Vorgaben, weil in Afghanistan weiterhin keine sicheren Bedingungen herrschen. Die Menschen dort leiden an den Folgen von Naturkatastrophen und enormen Einschränkungen“, sagt Martin Keßler, Leiter der Diakonie Katastrophenhilfe.

Die Machtübernahme durch die Taliban am 15. August 2021 hat vor allem für Frauen und Mädchen zu enormen Rückschritten und Einschränkungen geführt. Frauen dürfen nicht ohne männliche Begleitung öffentliche Plätze und Straßen betreten, und Mädchen sind von weiterführenden Schulen und Universitäten ausgeschlossen. Frauen wurde zudem schrittweise der Zugang zum Arbeitsmarkt versperrt. Das betrifft auch die Mitarbeit bei Hilfsorganisationen. „Wenn es keine praktizierenden Ärztinnen mehr gibt, um Frauen behandeln zu können, oder wenn humanitäre Helferinnen nicht mehr tätig sein dürfen, um Frauen in Notlagen zu unterstützen, dann nimmt man billigend in Kauf, dass Frauen und Mädchen sterben“, warnt Martin Keßler. So habe die Müttersterblichkeit in den vergangenen Jahren wieder deutlich zugenommen.

Rund sechs Millionen Afghan*innen hatten ihr Land in den vergangenen Jahrzehnten wegen Krieg, Misswirtschaft und den Folgen von Naturkatastrophen verlassen. Die Mehrzahl hat Schutz in den umliegenden Nachbarländern gesucht. Durch den Krieg im Iran haben sich die Lebensbedingungen für Geflüchtete dort deutlich verschlechtert. Zwischen Pakistan und Afghanistan herrscht zudem seit Jahresanfang erneut ein offener Grenzkrieg, der die Lage in der Grenzregion deutlich verschlechtert hat. Wiederholt sind Zivilisten durch gegenseitigen Beschuss ums Leben gekommen. Pakistan hat in den vergangenen Wochen den Druck weiter erhöht und Afghan*innen zur Ausreise aufgerufen.

In Afghanistan benötigen fast 22 Millionen Menschen humanitäre Unterstützung. Schätzungsweise 17 Millionen Menschen leiden unter schwerer Ernährungsunsicherheit. Dürren in zahlreichen Provinzen verschärfen die Not, die international jedoch kaum Beachtung findet. „Bis Mitte dieses Jahres sind erst rund ein Viertel der benötigten 1,7 Milliarden US-Dollar von internationalen Gebern bereitgestellt worden, um die Not zu bewältigen. Es ist verantwortungslos und unmenschlich, Hunderttausende Menschen in diese Situation zurückzuschicken“, betont Martin Keßler.

Die Diakonie Katastrophenhilfe unterstützt ein Projekt in der ostafghanischen Provinz Nangarhar, um dort die Ernährungssicherheit, den Lebensunterhalt und die Hygiene- und Wasserversorgung für Rückkehrende und aufnehmende Gemeinden zu verbessern. Durch Bargeldhilfe und landwirtschaftliche Unterstützung können knapp 25.000 Menschen erreicht werden.

Hinweis für Redaktionen:

Für Interviewanfragen wenden Sie sich bitte an die Pressestelle:
Tommy Ramm - Pressesprecher, Tel.: 030 65211 1225, 0162 2553859
tommy.ramm@diakonie-katastrophenhilfe.de

Pressesprecher
Tommy Ramm

Tel 030 65211 1225
Mobil 0162 255 3859

Tommy.ramm@diakonie-
katastrophenhilfe.de

Evangelisches Werk
für Diakonie und Entwicklung e.V.

Caroline-Michaelis-Straße 1
10115 Berlin

Evangelische Bank
IBAN DE68 5206 0410 0000 5025 02
BIC GENODEF1EK1
